



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 19.11.2012

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Erster Bürgermeister Wersch

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

ab TOP 2

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

entschuldigt:

Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Grampes, Assistent Erster Bürgermeister TOP 2
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Frau Stolz, Schriftführung

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2013 der Stadt Biberach	
3.	Antrag der Mali-Schule auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule	177/2012 - 1
4.	Gestaltungsbeirat der Stadt Biberach an der Riß	169/2012+ 169/2012 - 1
5.	Neubau eines Wohngebäudes mit 12 Wohnungen im Baugebiet Talfeld durch den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	181/2012
6.	Erlass eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Für die Erstellung eines Biomassehofes mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage" im Bereich Galleskreuzäcker im Ortsteil Rißegg - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 12 BauGB -	168/2012
7.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Riedlinger Straße/Laurenbühlweg" - Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB sowie nach § 74 LBO -	170/2012
8.	Aufbau eines technikgestützten zentralen Energiemanagements	175/2012
9.	Verschiedenes - Beschilderung PG	
10.	Verschiedenes - Vergabe Betreuungsplätze	
11.	Verschiedenes - Wieland-Museum	
12.	Verschiedenes - Hospiz / Fahrradparkplätze Bachgasse	

Die Mitglieder wurden am 08.11.2012 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 14.11.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Mehrere Bürger aus Rißegg melden sich zum geplanten Bauvorhaben Biomassehof in Rißegg zu Wort. Es wird geäußert, dass die Information an die Bürger sehr spät erfolgt sei. Es wird gefragt, ob die Standortfrage bereits endgültig entschieden sei, inwieweit die Anwohner noch ein Mitspracherecht hätten und ob ein neutrales Verkehrsgutachten erstellt werde. Es wird angeregt, bestimmte Zeiten für den dadurch entstehenden Lastverkehr einzurichten oder über eine Entlastungsstraße nachzudenken.

BM Kuhlmann informiert, dass mit dem heute beantragten Aufstellungsbeschluss das Verfahren erst eingeleitet werde, die Information an die Bürger somit sehr frühzeitig erfolgt sei. Es bestehe im weiteren Verlauf zwei Mal die Gelegenheit, sich einzubringen. Es gebe kein Verkehrsgutachten, sondern Zahlen zum voraussichtlichen Verkehrsaufkommen, die der Vorhabenträger vorgelegt habe. Diese würden geprüft.

EBM Wersch verweist auf den Tagesordnungspunkt 6, in dem das weitere Vorgehen dargestellt werde.

TOP 2 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2013 der Stadt Biberach

EBM Wersch trägt die Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2013 und der Finanzplanung 2013 – 2016 vor. Der Vortrag wird veranschaulicht durch eine Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist.

Das Volumen des Verwaltungshaushalts nähert sich den Ausmaßen 2007/2008. Insgesamt seien konstant gute Einnahmeerwartungen zugrunde gelegt. In den nächsten Tagen werde geprüft, ob diese aufgrund der neuesten Steuerschätzungen noch nach oben korrigiert werden könnten.

Dem stünden die Umlagen gegenüber, die im Wesentlichen konstant bleiben würden.

Die Personalkosten lägen bei circa 23,9 Mio. Euro. Personalzuwachs sei vor allem der Entwicklung im Bereich Betreuung und Bildung zuzuordnen. Mit dem vorhandenen Personalstand seien die geplanten Vorhaben und Unterhaltungsmaßnahmen gerade noch zu bewältigen. Mehr würde nicht mehr gehen.

Der Vermögenshaushalt liege mit 27 Mio. Euro unter dem Jahr 2012. Der Grund dafür liege darin, dass die Bautätigkeit für das Räumliche Bildungszentrum dem Ende zugehe. Der städtische Kernhaushalt weise seit Jahren eine erfreuliche Null-Verschuldung aus. Schulden habe man jedoch bei den Eigenbetrieben und den Beteiligungsunternehmen. Trotzdem sei es wichtig, die Risiken im Auge zu behalten. Mittelfristig müsse man davon ausgehen, dass die Rücklage zurückgehe und die Zuführungsrate sinke, da die Ausgaben anstiegen. Die Stadt sei voller Optimismus unterwegs. Er wolle nicht die männliche Cassandra abgeben, jedoch darauf hinweisen, dass man die Probleme sehe und die Belastung der Mitarbeiter sehe. Es gebe begrenzende Faktoren, egal wieviel Geld man habe. Risikovorsorge sei nötig.

StR Abele spricht für die CDU-Fraktion, "Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister, sehr geehrte Herren Dezernenten, sehr geehrte Damen und Herren Amtsleiter, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich begann meine letztjährige Haushaltsrede mit den Worten: „der Haushaltsentwurf 2012 ist dadurch gekennzeichnet, dass durch die Klausurtagung im Juni diesen Jahres die Eckpfeiler der Investitionstätigkeit in den kommenden Jahren bereits gesetzt worden sind“. Daran hat sich nichts geändert und diese Aussage ist auch im Jahr 2013 so gültig. Geändert haben sich aber die finanziellen Rahmenbedingungen. Wurde im letztjährigen Haushalt ein deutliches Abschmelzen der Rücklagen prognostiziert, so sind die Befürchtungen nicht in diesem Umfang eingetreten. Wenn man sich die Plan- und die Istwerte der vergangenen Jahre anschaut, dann ergibt sich bei der Zuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt folgendes Bild: Die Planwerte der Zuführungsrate 2007 bis 2011 ergeben addiert eine Summe von 11,3 Mio. Euro in diesem 5 Jahreszeitraum. Die Ist-Werte gemäß Rechnungsabschluss lagen dann addiert bei 82,5 Mio. Euro. Die Zuführungsrate ist das, was wir bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben an Überschuss erwirtschaften, also praktisch der Gewinn der Stadt. Frau Leonhardt war so nett und hat mir in Ermangelung alter Haushaltspläne diese Zahlen zusammengestellt. Herzlichen Dank hierfür. Eine weitere Zahl, die aufzeigt, wie schwierig die Planung solcher Zahlen ist, sei anhand der Zuführungsrate 2012 dargestellt: Geplant waren in der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2009 für das Jahr 2012: 1,85 Mio. Euro, im Haushalt 2012 dagegen waren bereits 14 Mio. Euro als Planzahl festgelegt und im letzten Quartalsbericht geht die Verwaltung von einer um 11 bis 13 Mio. Euro höheren Zuführungsrate, also dann von rund 25 Mio. Euro für 2012 aus. Wir haben also innerhalb der letzten 6 Jahre über 80 Mio. Euro mehr an Überschuss erzielt, als ursprünglich geplant. Hierfür

danken wir in erster Linie all unseren Steuerzahlern. Gleichzeitig mahnt diese Zahl aber auch den besonnenen Umgang mit den Steuergeldern an. Auch die Rücklagenentnahme stellt sich am Ende des Jahres 2012 anders dar als in der Planung angenommen. Wurde im Plan 2011 noch von einer Rücklage in Höhe von 67,3 Mio. Euro ausgegangen, so betrug die Rücklage tatsächlich am Jahresende rund 94 Mio. Euro. Und für dieses Jahr geht die Verwaltung davon aus, dass die Rücklagenentnahme auf 2,35 Mio. Euro reduziert werden kann, anstelle der geplanten 14 Mio. Euro.

Warum führe ich diese Zahlen auf, meine sehr geehrten Damen und Herren? Es geht nicht darum, eine Situation schön zu reden, aber es soll auch zeigen, dass der städtische Haushalt weit entfernt davon ist, nicht mehr ausgeglichen zu sein. Dies wurde in der Vergangenheit gerne im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm, hinter dem wir als CDU weiterhin stehen, bemüht. Wir wissen um die strukturellen Risiken dieses Haushaltes, was die Abhängigkeit von einem großen Gewerbesteuerzahler angeht und daher gilt trotz dieser guten Zahlen für uns als CDU: Es ist richtig, dass der Finanzdezernent vorsichtig rechnet und auf die Risiken hinweist. Wenn nicht er, wer dann? Es ist richtig, über das beschlossene Investitionsprogramm hinaus keine weiteren wesentlichen Projekte draufzusatteln, es sei dem, wir sprechen von Projekten aus dem Bereich der Bildung und Betreuung, der Zukunftssicherung oder von Projekten, die in der Folge den Verwaltungshaushalt nicht belasten. Und: wir müssen uns dennoch in guten Zeiten mit der Struktur unseres Haushaltes, vor allem des Verwaltungshaushaltes, beschäftigen.

Im letzten Jahr haben wir im Rahmen der Stellenplanberatungen die Idee der Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission eingebracht. Diesen Vorschlag erheben wir dieses Jahr zum Antrag, um den genannten Punkten einer Risiko- und Daseinsvorsorge gerecht zu werden. Diese Kommission soll nun fix im zweiten Halbjahr 2013 unter Leitung von OB Zeidler ins Leben gerufen werden und Maßnahmen zur Haushalts- und Vorsorgesicherung erarbeiten, auch wenn die Zeiten – wie dargestellt – dies derzeit nicht zwingend erfordern. Wir sehen dies jedoch als strategische Zukunftsaufgabe.

Neben der Auseinandersetzung mit der Struktur unseres Haushaltes in den Bereichen Verwaltungskosten, Freiwilligenleistungen, Personal und Standards sind für die CDU drei weitere Politikfelder im kommenden Jahr von zentraler Bedeutung. Es sind dies: Bildung und Betreuung; Wirtschaftliche Entwicklung und die Attraktivität des Standortes Biberach; Die Entwicklung unserer Ortschaften.

Beginnen möchte ich mit dem Thema Bildung und Betreuung. Die qualitativ gute Betreuung und Bildung unserer Kinder ist uns ein großes Anliegen. Das wurde im aktuellen Jahr 2012 besonders deutlich am Bau der Kinderkrippe durch den Hospital. Die Einweihung fand ja am 16.11.12 statt. Die Diskussion um eine neue und gerechte Gebührenordnung für alle Kinderbetreuungseinrichtungen wurde durch den Rücktritt des zuständigen Dezernenten leider aufgehalten, sodass wir diese nun im Frühjahr 2013 beraten und entscheiden wollen. Qualitative Steigerungen in der Kinderbetreuung wie längere Öffnungszeiten, hauswirtschaftliche Betreuung, Leitungsfreistellungen – alles Leistungen, die über die Kindertagesstättenverordnung hinausgehen - kosten uns viel Geld, das wir gerne in die Hand nehmen. Inwieweit dies in die Gebühren einfließen kann oder anderweitig finanziert werden soll, muss beraten werden. Wir werden uns für eine größtmögliche Klarheit stark machen. Dringlich ist eine Gesamtbetrachtung des Talfeldes. Hier ist ein großes Wohngebiet in unheimlich schneller Zeit entstanden. Der Hospital hat hier mit der Kinderkrippe einen guten und nachgefragten Standort erschlossen. Schnell muss sich dort aber auch ein Kindergartenneubau anschließen. Der katholische Kindergarten St. Nikolaus und der evangelische Kindergarten am Sandberg reichen nicht aus. Wir erwarten zugleich eine Betrachtung der schuli-

schen Situation: Soll im Talfeld eine Grundschule gebaut werden und die Birkendorf-Grundschule aufgegeben werden? Die Qualität aller unserer Einrichtungen ist über die Stadtgrenzen hinaus anerkannt. Wir bedanken uns bei allen daran Mitarbeitenden und Beteiligten bei der Stadt wie auch den freien Trägern! Wir beantragen weiter: dass bereits im ersten Quartal 2013 eine Entscheidung zur Gebührenneuordnung getroffen wird. dass eine zusätzliche Hortgruppe an der Birkendorfgrundschule eingerichtet wird. Der Bedarf aus dem Einzugsgebiet ist groß. Der Anschluss an die Ganztagesbetreuung der Kindergärten muss gewährleistet sein. Weiter: dass eine zusätzliche Hortgruppe der Braithschule im Gebäude der Pflugschule eingerichtet wird. Die Kinder der dortigen Kita sollen die Möglichkeit erhalten, auch gemeinsam in den Hort zu gehen und nicht auf verschiedene Einrichtungen verteilt zu werden. Der Bedarf ist groß. Der Spielplatz an der Pflugschule für den Hort und die KiTa wird, wie von der Verwaltung zugesagt, in 2013 saniert. Als Alternative zur dringenden Sanierung der Mittelberg-Grundschule wird angesichts der prognostizierten hohen Kosten ein Neubau geprüft.

Wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität des Standortes Biberach. Der Wirtschaftsstandort Biberach zeichnet sich durch eine hohe Attraktivität und Lebensqualität aus. Dies gilt es zu weiterzuentwickeln. Nachdem in den letzten Jahren der Fokus auf die eher weichen Standortfaktoren gerichtet wurde, muss nun auch zusätzlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Attraktivität Biberachs in den Mittelpunkt des künftigen politischen Handelns rücken. Dazu gehören auch nach unserer Auffassung Fragen zur Wohnraumsituation in Biberach oder wie das kulturelle Angebot erweitert werden kann. Biberach ist eine tolle Stadt, die eben nicht nur problembeladen ist, sondern eine hervorragende Perspektive bei hoher Lebensqualität besitzt.

Unsere Anträge sollen beitragen, diesen Prozess zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Im Einzelnen sind dies beispielsweise: Die Verhandlungen mit den Umlandgemeinden mit dem Ziel eines interkommunalen Gewerbegebietes werden in 2013 begonnen. Einen Bericht zur Wohnraumsituation und –entwicklung. Erneutes Aufgreifen der Idee Rißegger Steige für bezahlbare Häuser für junge Familien. Eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Stadt, zum Beispiel durch mehr Grün oder der attraktiven Gestaltung von Plätzen sowie der Sicherheit in der Stadt. Wichtig ist für uns, dass der Gedanke eines Technologie- und Gründerzentrums wieder aufgenommen wird. Die Verwaltung entwickelt Gedanken zur Ergänzung des kulturellen Angebotes. Dieses Konzept soll ausdrücklich auch die Themen Kneipenlandschaft und Disco als ergänzende Angebote für die junge Generation berücksichtigen.

Entwicklung in den Ortschaften. Die Teilorte sind vitaler Bestandteil unserer Stadt und zeichnen sich gleichzeitig durch ein reges Eigenleben aus. Nachdem die unechte Teilortswahl gegen den Willen der Ortschaften und der CDU abgeschafft wurde, gilt es die Anliegen der Ortschaften ernst zu nehmen und Ihre Identität im gesamtstädtischen Kontext zu wahren und zu fördern. Das Vereinsleben hat in den Ortschaften eine große Bedeutung. Dem wollen wir Rechnung tragen und beantragen: Die Vorhaben der Sportvereine Stafflangen und Mettenberg zum Bau eines Sportzentrums wird mit einem einmaligen Gesamtzuschuss unterstützt. Nachdem der Neubau des Kindergartens Rißegg eventuell erst in 2014 erfolgen soll, prüft die Verwaltung die Vorteile einer gemeinsamen Realisierung Kindergarten und Dorfgemeinschaftshaus. Die Aussegnungshalle in Ringschnait wird 2013 geplant und 2014 gebaut.

Neben diesen generellen Ansätzen beschäftigen uns auch einzelne Aspekte einer bürgerorientierten Kommunalpolitik. Ich möchte hier nur zwei beispielhaft nennen: Die CDU hat in 2012 bereits auf verschiedene Gefahrenstellen innerhalb des Radwegenetzes der Stadt hingewiesen und die

Verwaltung aufgefordert, hierfür Lösungsvorschläge zu entwickeln. Nachdem bis dato nichts geschehen ist, erneuern wir unseren Antrag. Im ersten Quartal führt die Verwaltung eine Besichtigung an neuralgischen Punkten durch und entwickelt danach eine Beschlussvorlage an den Gemeinderat.

Oder: um den ÖPNV weiter attraktiv zu halten, werden im neuen Wohngebiet Talfeld 2 Buswartehäuschen aufgestellt. Alle unsere Anträge können im Internet unter www.cdu-biberach.de nachgelesen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. 2012 war ein kommunalpolitisch turbulentes Jahr. Es wurde ersichtlich, dass sich der Gemeinderat noch mehr dem Transparenzgedanken verpflichtet fühlen muss: wie können wir unsere Entscheidungen und die Gründe hierfür unseren Bürgern besser und näher bringen, um eine falsche Wahrnehmung von Zusammenhängen und ein falsches Bild von unserer Arbeit zu vermeiden. Dies sollten wir gemeinsam diskutieren und nach Lösungen suchen.

Ein aktuelles Beispiel haben wir heute ja noch auf der Tagesordnung: die Biokompostanlage in Rißegg.

In der nun zu Ende gehenden Interimszeit hat unser Erster Bürgermeister Wersch einen hervorragenden Job gemacht. Anstelle eines befürchteten Stillstandes nahmen die Projekte sogar an Fahrt auf. Wichtige bzw. lang diskutierte Dinge wurden auf den Weg gebracht, sei es der Neubau des Jugendhauses oder die Klärung der Rechtsstellung des Hospitals. Die Sicherheitsdebatte um das Schützenfest konnte erfolgreich beendet werden und im Bereich Bildung und Betreuung hätte die Verwaltung gerne noch mehr auf den Weg gebracht. Blicken wir auch auf die denkwürdige Sitzung zur Flexiblen Nachmittagsbetreuung zurück, in welcher Gemeinderat und Verwaltung ohne Vorlage gemeinsam ein Konzept für unsere Familien entwickelt haben. Die Beratungen waren meist zügig und sehr sachlich sowie ergebnisorientiert in einer angenehmen Atmosphäre. Herr Wersch: herzlichen Dank hierfür. Wir freuen uns nun auf das kommende Jahr und auf unseren neuen Oberbürgermeister Norbert Zeidler. Es war spannend, es ist spannend und es bleibt spannend, meine sehr geehrten Damen und Herrn. Wir wünschen nun den Beratungen einen zügigen und konstruktiven Verlauf und danken allen Beteiligten, die an der Erstellung dieses Werkes mitgewirkt haben. Herzlichen Dank."

StR Kübler spricht für die SPD-Fraktion, "Sehr geehrter Herr erster Bürgermeister Wersch, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein turbulentes Jahr für Biberach geht langsam zu Ende. Zwar wurde unsere Stadt von Umweltkatastrophen und von der Finanzkrise verschont, dafür hatte die Biberacher SPD zumindest Ende April das Gefühl, von einer Sturmwelle überrollt zu werden. Die Gründe des mehr oder weniger überraschenden Rücktritts von Thomas Fettback als Oberbürgermeister sind ausreichend kommuniziert worden. Es ist bedauerndswert, dass es überhaupt so weit kommen musste, doch wir richten nun den Blick nach vorn. Biberach hat zwischenzeitlich einen neuen OB gewählt. Wir wünschen seinem Nachfolger, Herrn Zeidler, ebenso hohe Beliebtheitsquoten und eine glückliche Hand in all seinen Entscheidungen. Aufgaben warten bereits reichlich auf ihn. Wir freuen uns auf die gemeinsame Zusammenarbeit.

Der Haushaltsplan 2013 trägt noch nicht die Handschrift des neuen Oberbürgermeisters. Aber wir denken, die Zahlen in diesem Haushaltsplan werden auch ihn froh stimmen. Allerdings von einem ‚Märchenbuch‘, sowie es Herr Wersch bezeichnet, kann hier nicht die Rede sein. Die positiven Daten und Zahlen verdanken wir einer langjährigen guten Führung der Stadtverwaltung. In Zusam-

menarbeit mit dem Gemeinderat wurden die strategischen Entscheidungen in den Bereichen des Wirtschafts- und Bildungsstandortes nachhaltig getroffen. Ein wichtiger Aspekt war dabei eine starke Rücklagenbildung zur Sicherung des Ganzen. Zukunftsthemen sind mit dem Integrationskonzept und der Stärkung des Gemeinwesens deutlicher/intensiver in den öffentlichen Fokus gerückt. Das alles fällt einem nicht nur so zu, sondern ist mit Fleiß hart erarbeitet worden. Also, alles andere als ein Märchen.

Auf unserer zwischenzeitlich schon traditionellen Haushaltsklausur vorletztes Wochenende haben wir durch konstruktive, kompetente Diskussionen unsere Schwerpunkte für das Jahr 2013 gesetzt. Und hier das Ergebnis: Im Vorbericht des Haushaltsplanes wird auf einigen Seiten das ambitionierte Investitionspaket, was in der Klausurtagung 2011 beschlossen wurde, sehr kritisch dargestellt, weil es doch hohe finanzielle und personelle Ressourcen bindet. Wir können die Besorgnis, die man dabei heraus hört, nicht ganz teilen. Denn die finanzielle Ausgangslage hat sich gegenüber 2011 verbessert. Selbst die Rücklagenentnahme wird nicht in dem Maße strapaziert, wie prognostiziert. An dieser Stelle möchten wir aber betonen, dass uns die Brisanz einer ausreichenden Risikovorsorge bewusst ist. Vorsorgen für schlechtere Zeiten vermittelt ein beruhigendes Gefühl und gehört zu unserer Verantwortung. Und was das Strapazieren der personellen Ressourcen aufgrund der Vielzahl der Projekte betrifft, möchten wir in Erinnerung rufen, dass eine befristete personelle Aufstockung bis zur Abarbeitung der beschlossenen Aufgaben seitens des Gremiums zugesagt wurde. Und wir halten uns an Beschlüsse.

Was uns mehr Sorgen bereitet, ist die Refinanzierungsfrage im Kinderbetreuungsbereich und bei den öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. der Kostendeckungsgrad beim Museum, der VHS, Stadtbücherei, Stadthalle um nur ein paar Beispiel zu nennen. Hierzu unsere deutliche Meinung: Die Mehrkosten für die qualitativen Verbesserungen im Kinderbetreuungsbereich werden nicht auf die Gebühren aufgeschlagen. Der Grundstein für den weiteren Lebensweg unserer Kinder wird in den ersten Lebensjahren gelegt. Solange Biberachs Haushalt derart positive Zahlen schreibt, sehen wir diese Investitionen als gut und nachhaltig angelegtes Geld an und ist für das Image einer familienorientierten Stadt die richtige Maßnahme. Sollten sich Mehrheiten im Gremium hierfür nicht finden, diesen Weg mit zu gehen, nehmen wir gerne den Hinweis der Verwaltung auf, zur Kompensation hierfür den Hebesatz der Grundsteuer entsprechend anzuheben. Neben der Gebührenfrage ist aber auch eine zügige Entscheidung hinsichtlich der Weiterentwicklung zu treffen. Angebote, wie flexible Nachmittagsbetreuung, verlässliche Grundschule oder Hort, also der nahtlose Übergang von Kindergarten zur Grundschule wird für Eltern ein immer brisanteres Thema. Hier muss reagiert werden. Gebührenanpassungen in städtischen Einrichtungen zur Steigerung des Kostendeckungsgrades wollen wir uns nicht verschließen, aber sie müssen sensibel angegangen werden. Bei Veränderungen ist auf entstehende soziale Benachteiligungen zu achten. Ein Beispiel dazu: Die Bruno-Frey-Musikschule muss für alle Schichten der Gesellschaft zugänglich sein. Das Projekt MuBiGS (Musikalische Bildung in Grundschulen), fördert das Interesse. Danach muss die Möglichkeit der Weiterführung/Vertiefung in der Musikschule möglich sein also bezahlbar bleiben. Ansonsten ist MuBiGS schlecht investiertes Geld! Anders sehen wir es bei der Stadtbücherei oder der VHS. Aber für eine genaue Beurteilung bzw. um die richtige Entscheidung treffen zu können, wäre es eine Hilfe, Vergleichszahlen anderer Kommunen zu erhalten.

Mit dem Wiedereinstieg des Landes in die 1/3-Förderung der Schulsozialarbeit erfahren die Kommunen neben der höheren Förderung im Kinderbetreuungsbereich eine nicht zu unterschätzende Entlastung. Wir können heute schon ankündigen, dass wir die 25 prozentige Schulsozialarbeit in den drei Grundschulen Gaisental, Mittelberg und Braithschule für absolut unterbesetzt halten, um hier Wirkung erzielen zu können, wie es sich auch in Gesprächen mit Betroffenen

zeigt. Die Aufstockung der Schulsozialarbeit auf 50 Prozent pro Grundschule muss nächstes Jahr dringend erfolgen. Um das Thema Schulen zu vervollständigen, möchte ich noch kurz auf den nächsten Tagesordnungspunkt dieser heutigen Gemeinderatssitzung Bezug nehmen. Die Malis-Schule hat den Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gestellt. Um es vorweg zu nehmen, wir werden dem zustimmen, obwohl wir uns schon gewünscht hätten, im Vorfeld mehr einbezogen gewesen zu sein. Auch fehlt uns ein gemeinsames Konzept der Grund-, Förder- und Werkrealschule über die Frage, wie ein längeres gemeinsames Lernen aussehen könnte. Wir hätten die Schulentwicklung gerne gesamtstädtisch diskutiert und überlegt, was ist die beste Entscheidung/Entwicklung für den Schulstandort Biberach. Denn wir als Gemeinderäte können kein pädagogisches Konzept entwerfen. Die Aufgabe des Schulträgers ist es, die räumlichen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Spätestens im Frühjahr 2013 wird uns diese Problematik wieder einholen. Das hat uns dazu veranlasst, nochmals bis zum Frühjahr 2013 einen Schulentwicklungsbericht einzufordern, der die Gesamtbetrachtung und Zielsetzung der Förder-/sowie der Grundschulen Braith-/Talfeld- und Birkendorf- einschließlich des sanierungsbedürftigen Lernschwimmbeckens beinhaltet.

Ein weiterer Antrag befasst sich mit dem Wegfall der Sozialermäßigung im Stadtlinienverkehr für die älteren Mitbürger, so wie es der Haushaltsplanentwurf vorsieht. Diese Einsparung war mit der Vorlage verbunden, die die Einführung des seit langem von uns geforderten Sozialpasses bzw. einer Bürgercard behandelt. Diese Vorlage wurde vom Gemeinderat nochmals zurückgestellt, weil doch ziemlich Uneinigkeit zwischen den Vorstellungen der Verwaltung und der einzelnen Fraktionen bestand. Auch wurde die Bürgerbeteiligung in Form einer Stellungnahme des Lokalen Bündnis für Familie und der AG Soziales eingefordert. Unser Antrag für die Wiedereinstellung dieser Mittel basiert eben darauf, dass noch keine Entscheidung in Richtung Ermäßigungen durch eine Card oder Härtefallregelungen getroffen wurde. Somit ist die Berechtigung für den Wegfall nicht gegeben. Das Spielplatzthema begleitet uns nun schon einige Jahre. In Biberach wurden sukzessive die Spielplätze in den Wohngebieten zum Teil hervorragend umgerüstet. Biberachs Innenstadt erfährt derzeit durch ein positives Investitionsklima eine spürbare Aufwertung. Nun charakterisiert aber erst eine Vielzahl an unterschiedlichen Nutzungen eine Altstadt. Dazu gehört eben auch ein attraktiver Spielplatz. Der Bedarf wurde bereits mit dem Familienbericht aufgezeigt. Wir fordern für 2013 ein entsprechendes Konzept. Auch sind wir der Meinung, dass altersübergreifende Bewegungsgeräte, und dabei denken wir an Menschen im Alter von 2 bis 100 Jahren, an bestimmten Stellen aufgestellt werden sollten. Hierfür soll ebenso ein Konzept im Laufe 2013 erarbeitet werden. Im Bereich der fehlenden Fahrradabstellplätze ist schon einiges verändert worden. Dennoch lange nicht ausreichend. Beobachtet man z.B. den Abstellplatz am Rathaus, so stellt man fest, dass er viel zu wenig Kapazität aufweist. Eine Erweiterung tut Not. Der Hafenplatz bietet sich dafür an. Am Alten Postplatz fehlen ebenso ordentliche Möglichkeiten, Räder abzustellen. Auch die Bereitstellung einer Fahrradgarage- bzw. Box ist im Zuge der E-Bike-Nachfrage keine außergewöhnliche Forderung mehr, sondern ein Muss.

Vom Fahrrad zum Auto: Die Nordwestumfahrung soll Anfang 2013 fertig gestellt sein. Es ist davon auszugehen, dass in der Ulmer Straße, die heute schon sehr stark befahren ist, ein noch höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten ist. Hier muss dringend ein lärmreduzierendes Konzept erarbeitet werden, um die Anwohner etwas zu entlasten. Unsere Überlegungen gingen Richtung Lärmschutzwand oder eine Tempo 30 Zone auf Teilen der Ulmer Straße. Doch wir sind für andere gute Lösungen offen.

Ein Antrag nimmt Bezug auf die erst kürzlich wieder aufgelebte Stiftung der Gemeinschaftlichen Kirchenpflege. Den Kirchen- bzw. Konzertbesuchern wird in dieser Jahreszeit wieder sehr be-

wusst, woran es in dieser Kirche fehlt. Nämlich Geld u.a. für eine neue Heizungsanlage, für die Elektrik aber auch für das äußerliche Erscheinungsbild. Um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen finanzieren zu können, ist aber ein Kapitalstock notwendig. Von bis zu 5 Mio. Euro ist die Rede. Die Stadt kann sich unseres Erachtens hier nicht ganz aus der Pflicht nehmen. Um einen Anreiz für dringend erforderliche Zustiftungen zu geben, beantragen wir, für jeden Euro der gestiftet wird, einen Euro seitens der Stadt dazuzugeben, maximal bis zu einer Höhe von 1 Mio. Euro.

Die Nutzung des Roten Baus soll nicht zu einer unendlichen Geschichte werden. Wir fordern eine Entscheidung im 1. Halbjahr 2013 darüber, ob nun Teile der Verwaltung oder das Städtische Archiv tatsächlich dort untergebracht werden sollen. Für beide Institutionen muss eine schnelle Lösung gefunden werden, denn sie platzen aus allen Nähten. Das Rathaus ist aufgrund der Aufgabenfülle zu klein geworden. Die beengte Verwaltungsraum- und Lagersituation im Archivbereich ist schon lange bekannt. Vor einer evtl. Entscheidung, die Archive in den Roten Bau zu verlagern, möchten wir davor aufgezeigt bekommen, an welchen verschiedenen Stellen derzeit die Archivalien untergebracht sind ist. Denn dann plädieren wir, rein aus personeller und somit aus praktikabler Sicht, auf eine Ein-Standortlösung.

Wohnungsbau –nicht mehr nur ein Thema der SPD! –Zwischenzeitlich wird fehlender bezahlbarer Wohnungsbau von verschiedenen Medien, Gruppierungen und selbst von der regionalen IHK besetzt. Lobenswert ist, dass ein Projekt im Talfeld seitens des Eigenbetriebes Wohnungswirtschaft ins Auge gefasst wurde. Ein paar TOP weiter wird auf dieses Thema intensiver eingegangen. Doch sollten auch weitere Lösungen angedacht werden. Wie bekommen wir zum Beispiel die Baugenossenschaft mit ins Boot. Erfolge können unseres Erachtens nur erreicht werden, wenn ein Entgegenkommen von beiden Seiten, sprich Stadt Biberach und anderen Wohnungsbauträgern (Baugenossenschaft), zu erzielen sind.

Das Thema Sicherheit ist nach den jüngsten Vorfällen in der Bevölkerung wieder stark präsent. Die SPD-Fraktion kam nach längerer Diskussion zu dem Ergebnis, dass Einzelfälle nicht zu verhindern sind. Die Stadt ist mit dem Präsenzdienst, der immer wieder verschiedene Orte ausleuchtet, gut unterwegs. Die Investitionen in die präventive Arbeit durch die Streetworker sind, nach den Rückmeldungen zu urteilen, zielführend. Selbstverständlich sind regelmäßige Überprüfungen hinsichtlich erweiterter Maßnahmen aufgrund veränderter Situationen unverzichtbar. Hier gehen wir davon aus, dass dies auch beim Ordnungsamt genauso gesehen wird.

Ein gewichtiges und brisantes Thema ist die Krankenhausdebatte in unserem Landkreis, denn die Entscheidung steht ja demnächst an. Die Stimmen und das Kämpfen aus und in Laupheim und Riedlingen für die Standorterhaltung sind nicht zu überhören. Doch dürfen wir es nicht zulassen, dass Biberach am Ende zugunsten von Laupheim und Riedlingen als der Verlierer dasteht. Hellhörig machte mich die Meldung über eine evtl. Verkleinerung des Standortes Biberach. Als SPD-Gemeinderäte der Stadt Biberach fordern wir die Kreisräte auf, für ein optimal ausgerichtetes Krankenhaus in Biberach zu stimmen, dass mit seiner hohen Qualität die ganze Region versorgen kann. Die Wirtschaftlichkeitsdiskussion ist dabei wichtig, darf aber nicht allein zielführend sein.

Die 1. Lesung deckt die Einschätzung der Haushaltslage, Anregungen, Kritik, Anträge ab. Für die anschließenden Ausschussberatungen wünschen wir uns eine sachgerechte und konstruktive Diskussion zum Wohle unserer Stadt. Die SPD-Fraktion dankt allen, die an der Erstellung des Haushaltsplanes 2013 beteiligt waren sowie verantwortlich zeichnen und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit."

StRin Goeth spricht in Vertretung des Fraktionsvorsitzenden für die Freien Wähler: "Die Betrachtung des Haushalt 2013 teilt sich aus Sicht der Freien Wähler in 2 Abschnitte auf: Zum einen der Bereich, für den die Freien Wähler Handlungsbedarf sehen, zum zweiten die Analyse der Struktur des Haushalts mit den entsprechenden Konsequenzen.

Beginnen wollen wir mit den Punkten, für die die Freien Wähler Handlungsbedarf sehen. Dies sind:

Die Sportförderung und die Behandlung der Sportvereine in den Teilorten, speziell Stafflangen und Mettenberg. Das ehrenamtliche Engagement im Sport ist für die Lebensqualität einer Stadt wichtig und wird deshalb zu Recht gefördert. In der Kernstadt werden die Sportanlagen schulisch genutzt und deswegen den Sportvereinen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. In den Teilorten ist dies naturgemäß anders. Werden die Sportanlagen schulisch genutzt, übernimmt der Steuerzahler die Kosten des Unterhalts. Die anderen Sportstätten, wie zum Beispiel die Tennisclubs, müssen die Kosten für den Unterhalt selbst aufbringen. Eine Ausnahme gilt nur für den Fußball. Ob diese Bevorzugung gerecht ist, wagen wir übrigens zu bezweifeln. Ziel jeder Sportförderung muss es sein, das eigenverantwortliche Handeln der Vereine zu unterstützen und gleichzeitig die Folgekosten für den städt. Haushalt zu minimieren. Sportliche Anlagen jeder Art werden durch die Vereine effektiver betreut und erfahren eine höhere soziale Kontrolle. Es ist viel sinnvoller, bei Investitionsvorhaben einmalige und außerordentliche Zuschüsse an die Betreiber zu geben als die Trägerschaft der Räumlichkeiten zu übernehmen. Bei den Bauvorhaben der Sportvereine in Stafflangen und Mettenberg haben wir Ausnahmesituationen. Im einen Fall sind die Sanitäreanlagen zu klein, im anderen Fall zu weit weg. Beide Vereine planen den Neubau von Sportzentren, für deren Betrieb sie verantwortlich sein müssen. Um diesen Vereinen eine Finanzbasis für ihre Vorhaben zu geben, beantragen die Freien Wähler einen außerordentlichen Baukostenzuschuss in Höhe von 280.000 Euro zuzüglich zur regulären Sportförderung. Diese Zahl ist an die Erweiterung der Umkleiden im Erlengeweg angelehnt. Betreiben müssen die Vereine die Sportzentren aber selber. Damit wäre der „gordische Knoten“ für Stafflangen und Mettenberg zerschlagen und die Vereine könnten beginnen zu bauen.

Die Mali-Werkrealschule möchte Gemeinschaftsschule werden. Der späteren Entscheidung über diesen Punkt möchten wir hier nicht vorgreifen. Diskussionsbedarf sehen wir in der Frage, wie die Zukunft der Pflugförderschule aussieht. Soll die Förderschule räumlich getrennt in Primar- und Sekundarstufe weitergeführt oder als Schulform mit ganz besonderen Rahmenbedingungen an einem Standort erhalten bleiben? Ob es im Zuge der bundesweiten Inklusionsdebatte zu einer Zerschlagung der in Biberach sehr erfolgreichen Förderschule kommt, ist eine rein politische Frage, die sich in den nächsten Jahren stellen wird.

Die unendliche Geschichte des Roten Baus könnte durch eine räumliche Rochade der Verwaltung gelöst werden. Dazu muss die Stadt Biberach, nicht der Hospital, erhebliche Kosten für die Unterbringung aufbringen, denn dem Hospital ist dies aus stiftungsrechtlichen Gründen verwehrt. Im Haushalt 2013 fehlt eine entsprechende Dotierung. Wir beantragen, dies in ausreichender Höhe zu tun. Der Vorschlag der Freien Wähler, die Entscheidung über die verbesserten Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung, die damit verbundene Stellenvermehrung von 28 Personen und Personalkostensteigerung von 860.000 Euro p.a. auf das Jahr 2013 zu verschieben, war das einzig Richtige. Hierzu sehen die Freien Wähler deutlichen Beratungsbedarf. Die Verwaltung beklagt selber eine „exorbitante“ Kostensteigerung (S.195 im HH). Investitionen in Bildung und Betreuung sind Investitionen in die Zukunft. Sie müssen aber für die Eltern und für die Stadt bezahlbar bleiben. Nur zur Erinnerung: Die Zuschüsse der Stadt für die Kinder- und Kleinkindbetreuung be-

laufen sich inzwischen auf 5,9 Mio. Euro jährlich. Das entspricht dem Wert von zwei Jugendhäusern! Die Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten führt zwangsläufig dazu, dass auch in den Grundschulen verstärkt Ganztagsbetreuung nachgefragt wird. Die Freien Wähler beantragen die Ermittlung des Gesamtbedarfs und gegebenenfalls die Einrichtung weiterer Hortplätze.

Keinen Handlungsbedarf sehen wir beim Vorschlag der Verwaltung, die Grundsteuer zu erhöhen, um die Kostensteigerungen im Bereich Bildung und Betreuung teilweise aufzufangen. Dies ist dem Bürger nicht zu vermitteln, denn die Stadt Biberach hat wahrlich kein Einnahmeproblem. Hätte sich die Verwaltung bei der Klausurtagung gewehrt und auf die steigenden Folgekosten der vielen beschlossenen Projekte deutlicher hingewiesen, wäre der Vorschlag einer Grundsteuererhöhung überzeugender. Die Freien Wähler werden einer Grundsteuererhöhung nicht zustimmen.

Die Stadt investiert beträchtliche Summen in ein modernes Energiemanagement und die energetische Sanierung von Gebäuden. Die erwarteten Einspareffekte sind bisher allerdings ausgeblieben. Die von den Freien Wählern im Bauausschuss geäußerten Bedenken werden nun auch von anderen Fraktionen aufgegriffen. Die Freien Wähler fordern eine klare Kosten-Nutzen-Rechnung. Angesichts der gewaltigen Investitionen ist die Ermäßigung für ältere Menschen im Stadtlinienverkehr ein eher geringerer Posten. Die Freien Wähler wehren sich immer gegen Wohltaten nach dem Gießkannenprinzip. Aber sozial schwache Senioren sollen die Ermäßigung weiterhin erhalten. Die Freien Wähler beantragen, dass bei den geplanten Sozialermäßigungen in den städtischen Einrichtungen auch der ÖPNV einbezogen wird.

Die Analyse des Haushalt bringt keine Überraschungen. Alle jubeln, weil die Gewerbesteuereinnahmen sehr hoch sind. Dass die Einnahmen die Ausgaben unter strenger Beachtung der Doppik ab dem Jahr 2016 nicht decken, wird gern verschwiegen. Wir werfen anderen Staaten vor, über ihre Verhältnisse zu leben. Auch Biberach befindet sich auf diesem Weg. Ob die Einrichtung einer Haushalts-Strukturkommission die Investitionsfreude von Verwaltung und Gemeinderat bremsen kann, wagen wir zu bezweifeln. Der Antrag der Freien Wähler, mit zusätzlichen Einnahmen die allgemeine Rücklage wieder aufzufüllen, fand nur eine knappe Mehrheit. Rücklagen müssen jedoch in guten Zeiten auf- und nicht abgebaut werden! Wir erinnern deshalb nochmals an diesen Beschluss! Erinnern müssen wir auch an die Vorgabe des Finanzdezernenten, zur Risikovorsorge das 1,5-2 fache Gewerbesteueraufkommen in der Reserve zu haben. Davon entfernt sich Biberach immer weiter.

Wir danken den Mitarbeitern der Verwaltung und Frau Leonhardt für die Aufstellung des Haushaltsplans. Wir plädieren für zügige Beratungen."

StR Späh sagt:

"Verehrter Bürgermeister Wersch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer und Pressevertreter. Ein einschneidendes Jahr geht nun zu Ende. Thomas Fettback hat sein Amt als Oberbürgermeister aufgegeben und Herr Zeidler wird es am 7. Januar übernehmen. In dieser Interimszeit beraten wir einen neuen Haushalt für das Jahr 2013. Viele Unwägbarkeiten und Untiefen begleiten uns dabei. Die Schulden- und Eurokrise schwelt weiter mit ungewissem Ausgang für die Bürger dieser Krise. Der Fiskalpakt, der die Schulden eindämmen soll, bedeutet ebenfalls Einschnitte auf den staatlichen Ebenen, die für uns noch nicht absehbar sind. Die angestrebte Energiewende, von der wir Grünen uns viel erhoffen, ist noch nicht in trockenen Tüchern. Im Steuerrecht ist momentan zwar keine Änderung des Gewerbesteuerrechts in Sicht. Es kann aber keine Entwarnung gegeben werden. Wie sich der kommunale Finanzausgleich weiterentwickeln wird ist ebenso unsicher.

Für uns Grüne ist aber der fortschreitende Klimawandel, der auch wie Umweltminister Franz Untersteller in der Schwäbischen Zeitung zitiert, in Baden Württemberg angekommen ist, das drängendste Problem. Wir wirtschaften immer noch nach der Devise „die Wirtschaft muss wachsen damit es uns gut geht“. Dieser Glaube an das „immer weiter so“ wird nur noch wenige Jahre tragen. Die Folgekosten werden die Erträge bei weitem übersteigen. Deshalb ist es notwendig auf allen staatlichen Ebenen die den Klimaschutz angehen, nach Veränderung zu streben. Wir sind erst auf einer kurzen Wegstrecke dem Ziel näher gekommen. Nur mit großer Kraftanstrengung wird uns dies weiter gelingen. Der vorliegende Haushalt hat mit seiner verminderten Rücklagenentnahme in diesem Jahr und der deutlich verbesserten Zuführung an den Vermögenshaushalt sehr gute Grunddaten für das nächste Jahr. Die erhöhte Prognose bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer, bedeuten zusätzlich Entspannung. Die Steuersätze sind im Landesvergleich moderat und lassen der Wirtschaft Spielräume um sich zu entfalten. Bei Abzug unserer großen Umlageblöcke, bleiben uns jedoch von einem Euro nur vierzig Cent zur eigenen Verfügung. Die Kostendeckungsgrade verschiedener städtischer Einrichtungen, sind wie im Vorbericht dargestellt, sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dies ist politisch auch von uns so gewollt.

Bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt steht der Personalhaushalt immer wieder im Fokus. Die Erhöhung in diesem Jahr ist nur auf wenige Stellenmehrungen zurückzuführen. Die steigenden tarifbedingten Erhöhungen machen den größeren Anteil dabei aus. Die anstehenden Qualitätsverbesserungen die durch die KiTaVO auf uns zu kommt und durch eigene Qualitätssteigerung noch verstärkt wird, kostet zusätzliches Geld. Diese zusätzlichen Stellen sind noch nicht abgebildet. Hier müssen wir im Frühjahr die Entscheidungen zügig treffen um zum Kindergartenjahr 2013/2014 seine Wirkung zu entfalten. Die sozialgestaffelte Kita-Gebühr wird dabei ein wichtiger Baustein zur gerechteren Lastenteilung und zur Einnahmeverbesserung auf ca. 20 % des Abmangels sein. Ich hoffe, dass uns dies gelingt.

Bei der Unterhaltung von Gebäuden ist die Substanzerhaltung wichtig. Deshalb macht es Sinn, den Aufbau des Gebäudekatasters voranzutreiben. Damit kann dann längerfristig eine verlässliche Strategie verfolgt werden. Die Altlasten in der Lehmgrube und auch die CKW-Belastung im oberen Marktplatzbereich bereiten uns Sorgen. Diese Belastungen sind Beispiele dafür, wie Sorglosigkeit im Umgang mit der Natur, sich nicht nur negativ auf die Natur auswirkt, sondern sich auch in finanziellen Nachteilen über viele Jahre zeigt. Bei der Bewirtschaftung von Gebäuden wird immer deutlicher, wie wichtig das energiesparende Verhalten wird. Hier lässt sich viel für die Verringerung des Energieverbrauchs tun und das finanzielle Einsparvolumen entlastet den Haushalt. Auch wenn der finanzwirtschaftliche Effekt sich nicht kurzfristig einstellt, müssen wir diesen Weg konsequent weiter gehen. Wir Grüne sind bereit dazu. Auch wenn Ökostrom-Bezug noch etwas teurer ist wird sich dies klimapolitisch und längerfristig auszahlen. Bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben sind ebenfalls Steigerungsraten enthalten. Hier wirken sich veränderte Beschlusslagen des Gremiums mit aus. Wir hoffen, dass für den Ganztagesbetriebs an den Schulen noch Zuweisungen des Landes fließen. Bei den Zuschüssen haben wir große Steigerungen im Betreuungsbereich. Dies ist politisch gewollt. Wir Grüne stehen dazu. Der Vorschlag im Vorbericht der Verwaltung, über eine Grundsteuererhöhung für diesen Bereich nachzudenken, falls die Elternbeteiligung nicht voll erreicht wird ist für uns eine offene Option. Beim Ausbau der Betreuungsplätze befindet sich die Stadt auf dem richtigen Weg.

Die Umlagen, besonders die Kreisumlage, müssen wir im Auge behalten. Hier fallen am 14. Dezember wichtige Entscheidungen im Kreistag. Davon wird abhängen, ob eine größere Steigerung der Kreisumlage erfolgt, oder ob es gelingt, die Höhe zu belassen. Dies könnte unsere Annahmen

für diesen Haushalt nochmals deutlich verändern. Bei der Zuführung an den Vermögenshaushalt ist eine deutliche Steigerung zur Prognose vom vergangenen Jahr von 6,5 auf 13,6 Mio. Euro möglich. Dies erhöht zusätzlich den Spielraum für Investitionen. Diese Spielräume bei den Baumaßnahmen umfassen mehrere Maßnahmen die dem Klimaschutz dienen. Die Realschule mit Ganztagesbetreuung wird im nächsten Jahr abgeschlossen und soll die durch die räumliche Nähe aller Schulen, viele Synergieschritte einleiten. Dieses Haus wird ein Meilenstein für energiesparendes Bauen im öffentlichen Raum sein. Die erste Rate für die Sanierung der Außenhülle des Wieland-Gymnasiums und der Neubau der Turnhalle Mettenberg sind dabei zusätzlich zu nennen. Die Sanierung des Baubetriebsamtes und die Sanierung der Pflugschule stehen ebenfalls auf der Agenda. Der Neubau für ein Jugendhaus ist uns dabei eine besonders wichtige Baumaßnahme, die für die Jugendlichen endlich zu einem Haus der Heimat werden soll. Die Nordwestumfahrung wird nun auch fertig. Dafür hat Biberach sehr viel Geld in die Hand genommen. Der Aufstieg nach Mettenberg, der ebenfalls in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten ist, wird kaum kommen. Wir glauben dass für solche Maßnahmen mit einem solchen schlechten Kosten-Nutzen-Faktor auf Landesebene kaum noch Geld zur Verfügung steht. Der Nutzung des „Roten Baus“, nun vielleicht doch für die Stadt, sehen wir mit Interesse entgegen. Nachdem für den Hospital keine Nutzung möglich ist, macht es Sinn, dies für die Stadt zu tun.

Nun noch zu einzelnen Bereichen einige Bemerkungen. Das Rechnungsprüfungsamt braucht dringend im neuen Jahr wieder eine besetzte Amtsleiterstelle. Hier gehen wir von zügiger Ausschreibung aus. Der Veränderung in der Schullandschaft, die politisch gewollt ist, sehen wir offen konstruktiv entgegen. Wir haben mit dem räumlichen Bildungszentrum die Voraussetzungen dazu geschaffen. Der weitere Ausbau der Ganztagesesschule wird unsere Aufmerksamkeit erfordern. Unsere hervorragende Aufstellung im kulturellen Bereich ist ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunft. Dies gilt es zu erhalten und in wenigen Bereichen zu ergänzen. Sorgen macht uns dabei die Wieland-Stiftung. Hier waren die Erwartungen an potentielle Stifter sehr hoch. Ich hoffe, dass sich dies in Zukunft noch erfüllt. Von der Wohnungswirtschaft erwarten wir Impulse, wie der soziale Wohnungsbau in Biberach belebt werden kann. Der Schuldenstand mit Null Euro ist natürlich gut. Die ausgelagerten Schulden des Abwasserbetriebs summieren sich auf ca. 35 Mio. Euro. Die Rücklage ist noch sehr gut und wird weniger beansprucht wie angenommen. Wir hoffen dass dies weiter so bleibt. Die Altersrückstellungen zeigen nun vermehrt ihre positive Seite durch Zinseinnahmen und durch weniger Aufwand für den Haushalt.

In folgenden für uns gewichtigen Bereichen wollen wir mit Anträgen Impulse geben. Wir wollen ein Konzept von der Verwaltung, wie Lücken im Radwegnetz in diesem Haushaltsjahr geschlossen werden können. Für den Erlenweg wollen wir umgehend die Markierung eines Radstreifens um zum Einzug der Realschule den Schülern aus Richtung Süden den gefahrlosen Zugang mit dem Rad zu ermöglichen. Auch ist uns wichtig, dass die Stadt ein Werbekonzept auflegt, das die Rad- und Fußwegekonzeption aktiv bewirbt. Das Förderprogramm „Umweltschutz“ soll wieder auf 200.000 Euro erhöht werden, um den Bürgern Zuschüsse für ihre klimafreundlichen Bemühungen zu geben. Wir fordern für die Bürger im neuen Jahr die Einführung der „Bürgerkarte“. Außerdem wollen wir den schnelleren Umstieg der Straßenbeleuchtung auf „LED“, dazu fordern wir 100.000 Euro zusätzlich im Haushalt. Um dem Klimaschutz weiteren Schub zu geben fordern wir die Verwaltung auf, Mittel für „Energietage Biberach“ in den Haushalt einzustellen. Ein weiterer Antrag zum Klimaschutz ist die Forderung an die Verwaltung, mit der ewa-riss ein Konzept zur Nahwärmeversorgung auf den Weg zu bringen. Die Gigelberg-Parkplätze werden uns zu wenig genutzt, hier soll die Verwaltung eine bessere Bewerbung angehen. Außerdem wollen wir unseren Antrag vom vergangenen Jahr zur Bildung von Energie-Genossenschaften wieder auf die Agenda heben. Wir hoffen auf Zustimmung für unsere Anträge um dem Ziel, unserer Bemühungen den Klima-

schutz voranzubringen, ein Stück näher zu kommen. Wir hoffen, dass der neue Oberbürgermeister sich ebenfalls diesem Ziel annimmt.

Herzlichen Dank an die Verwaltung für das Erstellen des Haushaltes. Besonders aber an Fr. Leonhardt und ihr Team. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

StR Funk führt für die FDP-Fraktion aus:

"Die FDP-Fraktion dankt zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung und die sehr frühzeitige Zusendung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials. Der außergewöhnlich gute Vorbericht zum Haushaltsplan 2013 spricht alle wichtigen Themen an. Wir teilen die Ausführungen der Verwaltung zu einem hohen Prozentsatz und finden uns mit unseren Meinungen und Positionen gut vertreten. Die permanente Anpassung, Verbesserung und Erweiterung des Vorberichtes hat inzwischen zu einer hervorragenden Transparenz des Haushaltsplans der Stadt Biberach geführt.

Der Rückblick zum Rechnungsabschluss 2011 und die Ausführungen der Verwaltung zur gegenwärtigen Einschätzung zum Haushaltsjahr 2012 zeigen, dass die Haushalte wie in den Vorjahren auf der Einnahmenseite besser als geplant abgeschnitten haben oder abschneiden werden. Heute ist klar, dass die Erhöhung der Grundsteuer unnötig war, die Einführung der Bildungs- und Betreuungsgutscheine möglich und sinnvoll gewesen wäre und die Kürzung der Sanierungsaufwendungen im Jahr 2011 falsch war. Die FDP-Fraktion orientiert sich eben an den Aussagen der Wirtschaftswissenschaftler und hört bei unterschiedlichen Aussagen auf die Richtigen. Schade, dass die FDP-Fraktion im Gemeinderat nur drei Stimmen hat.

Seit dem Jahre 2006 befindet sich die Stadt Biberach von der Einnahmenseite her betrachtet in einer sehr komfortablen Lage. Dies gilt auch eindeutig für die Planzahlen des Jahres 2013. Wir können derzeit auch das bezahlen, was wir uns leisten. Alle Firmen, die starke Gewerbesteuerzahler sind, befinden sich weiterhin auf Wachstumskurs. Das stimmt hoffnungsfroh. Die Hebesätze bei der Gewerbe- und der Grundsteuer liegen niedriger, als bei vergleichbaren Städten im Durchschnitt. Eine Beteiligung der Bürger am derzeitigen Wohlstand der Stadt wird aber dem Hebesatz der Grundsteuer nicht organisiert. Die Einnahmen und Ausgaben wurden entsprechend der Mehrheitsbeschlüsse des Gemeinderates eingeplant. Auch eingeplant, aber noch nicht beschlossen, sind die Weiterentwicklungen der Kindertageseinrichtungen. Die Haushaltslage lässt es nach Auffassung der FDP-Fraktion zu, die Neugestaltung der Elternbeiträge zeitversetzt anzugehen. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt ist in Ordnung, wenn man nicht nach den Planzahlen, sondern nach den Jahresergebnissen geht. Die mittelfristige Finanzplanung ist das Ergebnis der Klausurtagung.

Das Beteiligungsmangement der Stadtverwaltung funktioniert inzwischen. Der Risikobericht erfolgt außerhalb des Haushaltsplans.

„Alle Verantwortlichen können über solche Perspektiven froh sein und den Weg konsequent mitgehen. In diesem Sinne gehen wir bei einem Haushalt, der nur wenige Wünsche offen lässt und dennoch Handlungsfähigkeit mittelfristig gesichert erhält, von breiter Zustimmung und zügiger Beratung aus.“ Die FDP-Fraktion stimmt diesem letzten Abschnitt der Schlussbetrachtung von Herrn Wersch und Frau Leonhardt zu. Die FDP-Fraktion wird dem Haushaltsplan 2013 zustimmen, sofern er während der Beratungen nicht in eine falsche Richtung verändert wird.

Die FDP- Fraktion wird dem Haushaltsplan 2013 erstmals zustimmen, ohne auch nur einen Änderungsantrag gestellt zu haben.

Wir warten jetzt auf unseren neuen Oberbürgermeister Norbert Zeidler und kümmern uns in den Jahren 2013 und danach verstärkt um folgende Themen, die auf eine Fertigstellung warten oder gelöst werden müssen: Gebäudekataster; Werteverzehr bei unseren Immobilien; Neues Haushaltsrecht; Fortentwicklung von Krippen und Kindergärten mit Elternbeiträgen; Langfristige Standorte der Grundschulen; Entwicklungen entlang der Bahnlinie (von Bleicherstraße bis KSK); Entwicklung der östlichen Innenstadt; Aufgabenteilung von Stadt und Schützendirektion; Überwachung des Energieverbrauchs mit effizientem Einsatz von Steuergeldern; Inflationsausgleich bei den Gebühreneinnahmen; Überprüfung der Strukturen der Jugendarbeit.

Die Risiken für die zukünftigen Haushalte sehen wir ähnlich wie unsere Verwaltung und listen sie auf: Entwicklung der Weltwirtschaft wegen den zu hoch verschuldeten Ländern USA und Japan, sowie Europa mit dem Bezug auf den Export der Biberacher Firmen. Die Folgen der europäischen Schuldenkrise für Deutschland. Die Finanzausgleichssysteme innerhalb Deutschland. Die Kreisumlage als Folge der Kosten des sozialen Ausgleiches. Die Energiewende mit den Herausforderungen für die e.wa riss. Die steigenden Kosten für unsere Bildungs- und Betreuungssysteme.

Auch wir wünschen uns nun schnelle und effiziente Beratungen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

EBM Wersch dankt für die Beiträge und die damit verbundene Standortbestimmung. Wie gewohnt verweise man die Beratungen in die Ausschüsse und werde am 10. Dezember wieder zur Beschlussfassung zusammenkommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 177/2012 - 1 zur Beschlussfassung vor.

EBM Wersch führt aus, dass Biberach die Landespolitik nicht beeinflussen könne. Einen Niedergang der Mali-Schule wolle man vermeiden, da diese Schule eine hervorragende Arbeit leiste, ganz gleich unter welchem Titel, ob Hauptschule, Werkrealschule oder Gemeinschaftsschule. Trotz Bedenken gegen die Entwicklung zur Gemeinschaftsschule allgemein, befürworte die Verwaltung den Antrag.

StR Abele vertritt die Fraktionsmeinung, dass die grün-rote Landesregierung mit der Einführung der Gemeinschaftsschule dabei sei, ein erfolgreiches Schulsystem zu zerschlagen. Als Schulträger müsse man sich jedoch den aktuellen Entwicklungen stellen und die Bedingungen vor Ort einzuschätzen. Es gebe Argumente pro und contra zum Antrag der Mali-Schule und die Fraktion werde auch geteilt abstimmen. Insgesamt halte man jedoch den Weg für falsch. Ein Absinken des Leistungsniveaus sei zu befürchten. Der zusätzliche Bedarf an Lehrerstellen werden den anderen Schularten, insbesondere den beruflichen Schulen abgezogen. Sollten die Bestrebungen weitergehen und die Gymnasien abgeschafft werden sollen, werde man sich zur Wehr setzen. Im Übrigen halte die Fraktion die Veränderung von Hauptschule und Werkrealschule zu Gemeinschaftsschule für eine Art Etikettenschwindel und die Prognosen des staatlichen Schulamtes laut Anlage 3 für falsch. Wenn dem so wäre, müsste man auch das Bildungskonzept der Realschule neu überdenken.

Stadtrat Abele betont, dass die Nein-Stimmen innerhalb der Fraktion sich nicht gegen die Schule richteten, nur sehe man die Vorteile nicht, die sich die Schule erhoffe. Es überwögen hier die Vorbehalte gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule. Andere würden mit Ja stimmen oder sich enthalten, da es um den Erhalt der Mali-Schule gehe und das pädagogische Konzept nachvollziehbar sei. Die CDU-Fraktion wünsche der Mali-Schule jedenfalls alles Gute für die weitere Entwicklung und bedanke sich bei Schulleitung und dem Kollegium für die engagierte Arbeit.

StR Lemli hält die Entwicklung vom dreigliedrigen hin zu einem Zwei-Säulen-System für richtig. Eine Gemeinschaftsschule passe in die Zeit und gebe die pädagogische Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen und sei nicht zuletzt ein bedeutender Standortfaktor. Die anwesenden Zuhörer zeigten, dass sie hinter der Schule stünden. Vom Erfolg sei man überzeugt. Für die Realschule mit ihren vielen heterogenen Klassen sei es genauso wichtig, ebenfalls den Schritt in diese Richtung zu gehen. Als Schulträger müsse man die Schulen an einen Tisch holen und ein strategisches Konzept erarbeiten.

StRin Goeth bemerkt, dass Deutschland auf dem Weg zu einem zweigliedrigen Schulsystem sei, was politisch und von den Eltern so gewollt sei. Die klassische Hauptschule werde aussterben, auch die Werkrealschule habe den Trend nicht aufhalten können. Früher habe es vier Klassen pro Jahrgang gegeben, nun habe man nur noch eine Eingangsklasse. Die Hauptschule werde von Eltern und teilweise auch von Ausbildungsbetrieben als Stigma gesehen, weshalb Kinder an die Realschule geschickt würden, obwohl Lerntempo und Fördermöglichkeiten der Hauptschule besser wären. Es wäre ein Fehler, wenn die Mali-Schule nicht die Chance zur Gemeinschaftsschule nutzen würde. Die Gemeinschaftsschule biete das Lernumfeld, das der Schüler brauche, ohne Stigmatisierung.

Die Anmeldezahlen in Gemeinden, die bereits eine Gemeinschaftsschule haben, zeigten, dass der Schultyp angenommen werde. Sicher sei es seltsam, wenn neben der Gemeinschaftsschule in Biberach eine große Realschule vorhanden sei. Die Zeit werde zeigen, ob dies eine besonders interessante Lösung oder eher unglücklich ist. Durch die räumliche Nähe könne man aber jederzeit andere Entscheidungen treffen.

StR Späh sieht den Bestand der Gymnasien nicht in Gefahr. Mit der Abschaffung der Grundschulempfehlung sollte das Recht der Eltern gestärkt werden. Man müsse das Problem pädagogisch betrachten. Schwächere und stärkere Schüler sollten individuell gefördert werden. Das habe das bisherige Schulsystem vielleicht nicht optimal umgesetzt. Deshalb gebe es diese Entwicklung. Da eine gemeinsame Konzeption mit der Realschule nicht verwirklicht werden konnte, sei es gut, dass die Mali-Schule diesen Weg separat gehe. Man eröffne neue Möglichkeiten. Die Fraktion gebe klare Zustimmung zum Antrag.

StR Funk kritisiert, dass man die Vorlage zu spät erhalten habe, um im Vorfeld der Sitzung mit Pädagogen zu sprechen, um sich dann als Fraktion eine gemeinsame Meinung bilden zu können. Jedes Mitglied der Fraktion habe sich deshalb so gut wie möglich selbst informiert und stimme nach eigener Beurteilung ab. Seine persönliche Meinung sei, dass Stuttgart nicht die finanziellen Mittel habe, um die Gemeinschaftsschule so einzuführen, wie es im Ergebnis gewollt sei. Er sei nicht grundsätzlich gegen die Gemeinschaftsschule. Aus seiner Sicht fehle jedoch das Geld und die pädagogische Vorbereitung. Die Gemeinschaftsschule werde einseitig zu Lasten anderer Schularten privilegiert. Die Kommunen werden hinsichtlich der Folgen im Unklaren gelassen. Die Landesregierung nutze die Not der Kommunen und Schulen aus und verfolge das Ziel, das differenzierte Schulsystem abzuschaffen.

Als Gemeinderat habe man vor Ort zu entscheiden. In Biberach gebe es zwei sehr gute Gymnasien und eine riesige Realschule, die im Moment keine Gemeinschaftsschule werden wolle, aber de facto schon fast sei, weil sie diejenigen auffange, die das G8 nicht schafften und auch die von unten bekomme, weil die Grundschulempfehlung weggefallen sei.

Er kenne die Mali-Schule und den Schulleiter und könne sich nicht vorstellen, dass die Mali-Schule in Biberach untergehe. Aus diesem Grund stimme er mit Nein.

EBM Wersch bittet um Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst mit fünf Gegenstimmen, fünf Enthaltungen und 17 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die MALI-Werkrealschule Biberach und die Stadt Biberach als örtlicher Schulträger erklären das gemeinsame Einverständnis zum Antrag auf eine Gemeinschaftsschule

Schulleiter Karl Schley bedankt sich anschließend für das Vertrauen.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nr. 169/2012 und 169/2012 – 1 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann zieht nach zwei Jahren Probelauf eine positive Bilanz für den Gestaltungsbeirat. Es gebe auch berechtigte Kritik. Einerseits sei öffentliche Teilhabe am Planungsprozess gewünscht, andererseits wolle ein Bauherr bzw. Architekt nicht öffentlich kritisiert werden. Hier habe man einen Kompromiss gefunden. In der Erstvorstellung eines Vorhabens im Gestaltungsbeirat werde nichtöffentlich diskutiert. Die zweite Vorstellung sei öffentlich, es sei denn, der Bauherr beantrage anderes. Der Abschluss finde immer öffentlich statt.

StR Kolesch betont, dass Qualität in der Altstadt wichtig sei. Gestaltung dürfe Investition jedoch nicht verhindern. Die Möglichkeit, ein Vorhaben nichtöffentlich zu behandeln, habe es schon bisher gegeben. Wichtig sei, dass die letzte Vorstellung auf jeden Fall öffentlich sein müsse. Die Transparenz werde dadurch klar verbessert.

StR Keil hält fest, dass zur Stadtsanierung jetzt auch ein Gestaltungsbeirat gehöre. Man wolle auch moderne Architektur in der Altstadt. Dies sei ein Lernprozess, der Chancen biete. Mit dem Verfahren sei die SPD-Fraktion einverstanden.

StR Heinkele lobt das Bauprojekt Heinzel als vorbildlich. Der Gestaltungsbeirat solle Bausünden verhindern. Um Nachteile zu vermeiden, sei es gut, ein Vorhaben beim ersten Mal nichtöffentlich dem Gestaltungsbeirat vorzustellen. Durch den Gestaltungsbeirat stiegen die Anforderungen an die Architekten.

StR Weber hält den Gestaltungsbeirat für notwendig, um architektonischen Fehlentwicklungen vorzubeugen. Er bringe eine unabhängige, dritte Sicht ein. Wichtig sei die Kritikfähigkeit der Beteiligten.

StR Funk erklärt sich hochzufrieden mit der Probephase. Man wolle eine pulsierende Innenstadt. Der Gestaltungsbeirat habe zur Qualitätsverbesserung beigetragen, ohne die Wirtschaftlichkeit der Vorhaben zu stark zu belasten. Man stimme der Vorlage zu.

StR Dr. Nuding bedauert, dass bei dem hervorragenden Vortrag von BM Kuhlmann zum Thema "Neues Bauen in alter Umgebung" kein weiteres Mitglied des Gemeinderates oder Bauausschusses anwesend war. Er hoffe, dass dies bei den noch folgenden sich ändere. Er erkundigt sich, ob die Stadträte an der jeweils ersten nichtöffentlichen Sitzung des Gestaltungsbeirats teilnehmen dürften.

EBM Wersch hält dies für gegeben. Eine Teilnahme des Gemeinderates könne nicht verweigert werden.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gestaltungsbeirat wird ab 2013 fest installiert.**
- 2. Die zwei vorgeschlagenen Architekten Herr Jürg Ragetti, Chur sowie Herr Prof. Leonhard Schenk, Konstanz werden neu in den Gestaltungsbeirat bestellt.**
- 3. Der § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat der Stadt Biberach an der Riß wird wie folgt geändert:**

(1) Die Vorhaben werden dem Gestaltungsbeirat in einer ersten Sitzung nicht öffentlich vorgestellt. Auf Antrag des Bauherrn/der Bauherrin wird das Vorhaben öffentlich behandelt.

Die nachfolgenden Beratungen (Überarbeitung des Vorhabens) finden in öffentlicher Sitzung statt, sofern der Bauherr/die Bauherrin nicht widerspricht.

Der endgültige Entwurf des Vorhabens ist in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 181/2012 zur Beschlussfassung vor.

EBM Wersch betont, dass es hier noch nicht um einen Baubeschluss gehe, sondern lediglich um eine Mehrfachbeauftragung von Architekturbüros. Deshalb verweise man auf die Vorlage.

StR Hagel sieht die Vorlage positiv, aber nicht unproblematisch. Angebot und Nachfrage zu diesem Wohnungsangebot passe zueinander, jedoch müsse man aufpassen, dass der Eigenbetrieb die Wirtschaftlichkeit behalte. Bei Kosten von 1500 Euro pro Quadratmeter müsse man eine Miete von 6,25 Euro ansetzen, was für die Zielgruppe zu hoch sei. Es gebe keinen sozialen Wohnungsbau mehr. Dann betreibe das die Stadt wissentlich. Man habe den Spagat zwischen Qualität und Miete. Die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussantrag zu.

EBM Wersch stellt klar, dass die Stadt Eigenkapital zuschieße.

StRin Kübler sieht es als Aufgabe der Stadt, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Man müsse über anderweitige Lösungen nachdenken, beispielsweise günstige Grundstücke für ähnliche Projekte an Investoren abzugeben. Unter Punkt 12 reklamiert sie, dass ein Aufzug nicht vorgesehen werde, was dem Ziel Barrierefreiheit widerspreche. Die Stadt müsse Vorreiter sein.

StR Heinkele erklärt sich mit dem Vorgehen einverstanden. Er erkundigt sich, weshalb das Büro Ziegler ausgewählt wurde.

StR Späh betont, dass sozialer Wohnungsbau durch die Stadt, nicht durch Land oder Bund, von ihm gemeint gewesen sei. Es müsse über mehrere Modelle nachgedacht werden. In der Vorlage gehe es um die Mehrfachbeauftragung, der man zustimme. Ein wunder Punkt sei die fehlende Ausstattung mit einem Aufzug. Dies sei Standard.

StR Funk signalisiert ebenfalls Zustimmung. Man hätte gerne zuerst den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes gesehen.

BM Kuhlmann begründet die Wahl des Büros Ziegler mit den Erfahrungen, die Ziegler mit dem Bau von preisgünstigem Wohnraum in Ulm habe. Das Erdgeschoss des Gebäudes sei barrierefrei zugänglich, die oberen Stockwerke nicht.

EBM Wersch fasst zusammen, dass der Wohnungsmarkt bisher auskömmlich gewesen sei. Jetzt müsse man die Situation überprüfen. Vorrangig wolle man Benachteiligte versorgen. Trotzdem gebe es auch Nachfrage für höherklassige Wohnungen und dann sei man nicht traurig, wenn sich eine bessere Rendite für den Eigenbetrieb ergebe.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Auslobung einer Mehrfachbeauftragung von vier Architekturbüros für den Neubau eines Wohngebäudes mit 12 Wohnungen erfolgt gemäß beigefügtem Auslobungstext.

TOP 6 Erlass eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Für die Erstellung eines Biomassehofes mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage" im Bereich Gallekreuzäcker im Ortsteil Rißegg - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 12 BauGB -

168/2012

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 168/2012 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann greift die Fragen aus der Bürgerfragestunde auf. Das Verfahren durchlaufe mehrere Schritte. Zunächst leite der Gemeinderat das Bebauungsplanverfahren ein mit einem Vorentwurf. Dieser werde öffentlich ausgelegt, Träger öffentlicher Belange und die Bürger würden dabei beteiligt. Anschließend fasse der Gemeinderat Beschluss über die eingegangenen Anregungen. Der geänderte Entwurf werde erneut vier Wochen ausgelegt und es bestehe nochmal die Möglichkeit zu Fragen und Anregungen. Darüber werde wieder beraten und entschieden, bevor der Bebauungsplan rechtskräftig werde. Erst nach dem Beschluss über den Bebauungsplan könne ein Bauantrag gestellt werden.

Die bisher vorgelegten Zahlen zum künftigen Verkehr ergäben im Jahresdurchschnitt 47 Fahrten pro Tag. Dies werde noch geprüft und kritisch hinterfragt. Der LKW-Verkehr könne gesteuert werden über Zeiten und Geschwindigkeitsvorgaben. Der Vorentwurf werde im Februar/März vorgelegt werden.

OV Meier führt aus, dass der Ortschaftsrat seit Anfang des Jahres mit dem Thema befasst sei. Man habe Besichtigungen gemacht, sich die Technik erklären lassen und könne bestätigen, dass kaum Geruch feststellbar sei. Man habe zuerst über fünf Standorte nachgedacht, den vorgeschlagenen aber für am geeignetsten befunden. Herr Zell hätte sein Vorhaben auch als privilegierte Anlage im Außenbereich erstellen können, wie dies in Mittelbiberach erfolgt sei. Es würden überwiegend Stoffe aus kommunalen Sammlungen aufgenommen. Zur Regelung des Verkehrs gebe es bereits Vorschläge. Herr Zell sage ausdrücklich seine Mitarbeit zu. Den Bürgern biete er ausdrücklich Gespräche an.

StR Herzhauser fasst den bisherigen Verlauf zusammen. Die Flugblattaktion sei vermutlich ohne Kenntnis des Verfahrensablaufes erfolgt. Die Verkehrsproblematik sehe man auch. Es sei eine für alle annehmbare Lösung zu suchen.

StR Nuding betont, dass man nicht über das Vorhaben sondern lediglich über die Einleitung der Planung abstimme. Vernünftig wäre, wenn Mist und Abfall veredelt würden. Nicht glücklich wäre man, wenn später für den Betrieb der Anlage in Monokulturen angebaute Mais verwendet würde. Die Bedenken der Anlieger sind ernst zu nehmen. Dem Votum des Ortschaftsrates folge die Fraktion. Er frage, ob die Annahme des Grüngutes von Privaten verlängert werde und wer die Planungskosten bezahle.

StR Heinkele bekräftigt, dass ein Bebauungsplan die größtmögliche Transparenz und Mitwirkung sicherstelle. Es seien konkrete Regelungen möglich, um Konflikte zu minimieren. Geeignete Maßnahmen zum Schutz von Schulkindern und Anwohnern werde gefordert. Der Vorlage werde mehrheitlich zugestimmt.

StR Weber räumt ein, dass ihm eine kleinere Anlage lieber wäre. Die Sorgen wegen der Verkehrszunahme dürfe man nicht ins Lächerliche ziehen. Mit dem Verfahren sei eine bürgerorientierte

Politik möglich. Er **beantragt** trotzdem, den Beschluss zu vertagen, und nochmal auf die Bürger zuzugehen und zu informieren.

StR Funk stimmt dem Beschlussantrag der Verwaltung zu. Man folge dem Ortschaftsrat.

StR Abele meint, dass die Transparenz nicht richtig durchgedrungen sei. Eine Bürgerversammlung könne dazu einberufen werden. Eine Verschiebung bringe nichts. Parallel dazu müsse die Verschiebung der historischen Ortsgrenze zur wirklichen Ortsgrenze betrieben werden. Nur so habe man die Möglichkeit, die Rißegger Straße zurückzubauen.

EBM Wersch bittet um Abstimmung. Er gehe davon aus, dass eine Bürgerversammlung in der Ortschaft selbständig organisiert werde.

Der Vertagungsantrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt. Mit 7 Enthaltungen, ohne Gegenstimme, fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Für die Grundstücke Flst. Nrn. 510 und 538 bis 541 der Gemarkung Rißegg wird nach § 12 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB ein vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan aufgestellt. Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird vom Vorhabenträger ausgearbeitet.

**TOP 7 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Riedlinger
Straße/Laurenbühlweg"
- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB sowie nach § 74 LBO -**

170/2012

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 170/2012 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Wortmeldung fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird der Bebauungsplan "Riedlinger Straße/Laurenbühlweg", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 905/14 Index 2 vom 18.09.2012 im Maßstab 1 : 200 nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 2. Die örtlichen Bauvorschriften "Riedlinger Straße/Laurenbühlweg" i. d. F. vom 18.09.2012 werden nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 175/2012 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann erklärt am Beispiel eines Autos, dass eine elektronische Verbrauchsanzeige zum sparsamen Fahren motiviere. Dasselbe gelte für Gebäude, nur in komplexerer Weise. Das Gebäudemangement bewirtschaftete 180 Gebäude. Eine System, das Informationen bereitstelle, um Energie und Personal einzusparen sei sinnvoll. Am Ende werde man etwa 5000 Verbrauchsanzeigen haben.

EBM Wersch ergänzt, dass der Beschluss im Zusammenhang mit dem Räumlichen Bildungszentrum keinen Aufschub dulde.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt den Aufbau eines technikgestützten Zentralen Energiemanagements wie dargestellt umzusetzen.**
- 2. Die Ausschreibung der Software erfolgt im Vorgriff auf den Haushalt 2013 baldmöglichst.**

TOP 9 Verschiedenes - Beschilderung PG

StR Keil bemängelt die Beschilderung beim Pestalozzi-Gymnasium. Dies gelte auch für die Hallen. Es gebe viele, die die Schule bei Veranstaltungen suchen und nicht finden. Die Hallen sollten auch nachts gut sichtbar beschriftet sein.

EBM Wersch sagt zu, die Anregung aufzunehmen.

TOP 10 Verschiedenes - Vergabe Betreuungsplätze

StRin Kübler bezieht sich auf ein Schreiben, wonach Betreuungsplätze nicht satzungsgemäß vergeben würden.

EBM Wersch antwortet, dass ein solches Schreiben eingegangen sei, das dem ABBS weitergeleitet worden sei. Dort werde es bearbeitet. Er gehe davon aus, dass dies in einer vernünftigen Zeit und Weise geschehe. Der Bearbeitung werde keine besondere Priorität eingeräumt.

TOP 11 Verschiedenes - Wieland-Museum

StR Schmid erkundigt sich, ob es stimme, dass das Wielandmuseum über den Winter geschlossen sei.

Herr Dr. Riedlbauer bestätigt, dass das Gartenhaus regulär geschlossen sei. Auf Anfrage seien aber individuelle Führungen möglich. Grund sei die zu geringe Nachfrage.

TOP 12 Verschiedenes – Erreichbarkeit Hospiz / Fahrradparkplätze Bachgasse

StR Rieger regt an, ehrenamtlich Tätigen im Hospiz am Kirchplatz bei der Parkgebühr für die Tiefgarage entgegenzukommen.

Außerdem schlägt er vor, in der Bachgasse Fahrradabstellmöglichkeiten zu schaffen, beispielsweise verschließbare Boxen.

EBM Wersch bittet Dezernat III und Amt 20, diese Anregung zu prüfen.

Gemeinderat, 19.11.2012, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

EBM Wersch

Stadtrat:

Hagel

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Stolz

Gesehen:

BM Kuhlmann